

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Bernard Schmid

06.04.2020

Stellvertreter im Krieg

Zwei Regierungen, diverse islamistische Milizen und auswärtige Mächte mit widerstreitenden Interessen. Zum Konflikt in Libyen



REUTERS/Esam Omran Al-Fetori

Kann den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan nicht besonders gut leiden: Ein Soldat der von Khalifa Haftar befehligten »Libyschen Nationalarmee« (Benghasi, 28.1.2020)

Bernard Schmid schrieb an dieser Stelle zuletzt am 23. Juli 2019 über die Proteste in Algerien.

Auch das Auftauchen des Coronavirus schaffte es nicht, die Kämpfe für länger als ein paar Tage zu unterbrechen. Am 18. März dieses Jahres riefen die Vereinten Nationen dazu auf, die militärischen Kampfhandlungen im Bürgerkriegsstaat Libyen zumindest vorübergehend einzustellen, um sich auf die Bekämpfung und Eindämmung der Seuche Covid-19 vorzubereiten.

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Zwar war zu dem Zeitpunkt noch kein offiziell bestätigter Infektionsfall aus dem nordafrikanischen Land vermeldet worden. Am 24. März war es dann jedoch soweit: Der Gesundheitsminister der »Nationalen Konsensregierung« (GNA, Government of National Accord) in Tripolis, die trotz ihrer Bezeichnung derzeit nur rund zwanzig Prozent des Staatsgebiets kontrolliert, Ehmaid bin Omar, gab den ersten registrierten Fall einer Sars-Cov-2-Infektion im Land bekannt. Es handelte sich um einen 73jährigen, der sich zuvor in Saudi-Arabien aufgehalten hatte. Allgemein wird davon ausgegangen, dass es sich nicht um den einzigen Träger handelt. Am ersten Apriltag dieses Jahres waren offiziell zehn Krankheitsfälle im Kontext der Pandemie registriert worden, die GNA hatte eine tägliche Ausgangssperre von 14 Uhr bis sieben Uhr früh am folgenden Morgen verhängt. Am Flughafen von Misrata bleiben die Maschinen am Boden – jener der Hauptstadt Tripolis, der durch Kampfhandlungen beschädigt wurde, ist ohnehin außer Betrieb. Personentransporte zwischen den verschiedenen Städten, auch auf dem Landweg, wurden verboten.

Doch wird eine zumindest potentiell hohe Dunkelziffer angenommen, und für den Fall eines Ausbruchs der Seuche in Libyen wird mit schlimmen Folgen gerechnet. Der Staat am Mittelmeer zählt infolge des mehrjährigen Bürgerkriegs rund 300.000 Binnenflüchtlinge. Hinzu kommt mindestens eine halbe Million Migranten und Geflüchtete aus dem subsaharischen Afrika, von denen rund ein Zehntel in Abschiebe- oder Inhaftierungszentren gepfercht wurde. Die Norwegerin Elizabeth Hoff, die die Niederlassung der Weltgesundheitsorganisation WHO in Tripolis leitet, spricht von einem »Gesundheitssystem, das bereits vor dem Coronavirus am Rande des Zusammenbruchs stand«.

Fremde Einmischung

Es hätte also ausreichende Gründe dafür gegeben, dass die Kampfparteien die Waffen schweigen lassen. Doch alle Hoffnungen darauf wurden schnell enttäuscht. Am 21. März hatten sich die Kampfparteien zwar auf einen Waffenstillstand geeinigt. Dabei handelt es sich auf der einen Seite um die offiziell von der GNA kontrollierten, doch teilweise verselbständigten Milizen, denen vor allem im Raum Tripolis eine tonangebende Rolle zufällt, auf der anderen Seite um die »Libysche Nationalarmee« (LNA) unter dem General und selbsternannten Marschall Khalifa Haftar.

Doch bereits zwei Tage später war es mit der Waffenruhe wieder vorbei, und die Bürgerkriegshandlungen wurden erneut fortgesetzt. General Ahmed Al-Mismari, Sprecher der LNA, erklärte auf seiner Facebook-Seite, man habe einen Durchbruchversuch

türkischer Truppen – die seit Januar dieses Jahres offen auf Seiten der GNA intervenieren – südlich von Tripolis verhindert. Kurze Zeit darauf verbreitete der Oberkommandierende der LNA im Operationsgebiet Westlibyen, Al-Mabruk Al-Ghasawi, ein Video, in dem davon die Rede ist, die Streitkräfte des Marschalls Haftar hätten die Leichname von vier türkischen Soldaten und eines auf ihrer Seite kämpfenden syrischen islamistischen Milizchefs geborgen. Diese seien in der Woche zuvor an der Front bei Ain Sara im südlichen Umland von Tripolis getötet worden. Er forderte das Rote Kreuz dazu auf, die Leichen abzuholen und in die Türkei zu transportieren, nachdem amtliche Stellen des Landes zuvor auf entsprechende Anfrage nicht reagiert hätten.

Offiziell bestätigt die Türkei nicht, Soldaten im Bürgerkriegsland Libyen verloren zu haben, obwohl das Parlament in Ankara in der zweiten Januarwoche 2020 einen formellen Beschluss dazu gefasst hatte, in Libyen militärisch zu intervenieren. Am 25. Februar dieses Jahres sah Präsident Recep Tayyip Erdogan sich gezwungen, amtlich den Tod eines Obersten und eines weiteren Offiziers an der libyschen Front einzuräumen, die in der vorausgegangenen Woche gefallen waren. Drei Tage zuvor hatte die Oppositionszeitung Yenicag über deren Tod berichtet und die beiden Armeeangehörigen als Angehörige des türkischen militärischen Geheimdiensts bezeichnet. Daraufhin ging Erdogan auf die Information ein, doch die Twitter-Konten der beiden Journalisten, auf die die Nachricht zurückging, wurden kurz darauf gehackt, und die beiden wurden inhaftiert.

Den Gegenpart zur aktiven türkischen Einmischung stellt derzeit das Regime der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) dar. Aus dem erdölreichen Golfstaat treffen üppige, in unregelmäßigen Abständen erfolgende Geldüberweisungen sowie Waffenlieferungen in Ostlibyen ein, die für die LNA unter Marschall Haftar bestimmt sind. Unterstützt werden die VAE dabei jedoch unter anderem von fast allen übrigen Golfmonarchien mit Ausnahme Katars, das selbst seit 2017 mit seinen Nachbarn – allen voran Saudi-Arabien – im offenen politischen Konflikt liegt und sich auf die Seite der Türkei geschlagen hat.

Vermittlungsversuche

Unterdessen unternimmt die Afrikanische Union (AU) Versuche, den Konflikt im Norden des Kontinents einzudämmen. Am 12. und 13. März dieses Jahres versammelte sich erstmals die Kontaktgruppe der AU und der Vereinten Nationen (UN) zur Beratung über den libyschen Bürgerkrieg; sie fand in Oyo im zentralafrikanischen Staat Kongo-Brazzaville (Republik Kongo) statt, denn dessen seit vielen Jahren autokratisch regierender Präsident Denis Sassou-Nguesso leitet das für den Konflikt zuständige

Komitee der Afrikanischen Union. Auch der seit Februar amtierende AU-Vorsitzende, der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa, erklärte seine Bereitschaft zur Beilegung des seit 2011 in mehreren Phasen verlaufenden, mal vor sich hin schwelenden und mal heftig aufflammenden Bürgerkrieg in dem nordafrikanischen Erdölförderland – dessen Rohölproduktion seit Januar dieses Jahres von mit Marschall Haftar verbündeten Beduinenstämmen blockiert wird. Im Juli dieses Jahres soll eine »innerlibysche Versöhnungskonferenz« in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, wo die AU ihren Sitz hat, stattfinden. Anders als in früheren Perioden des Konfliktverlaufs geplant, sollen dabei nun auch offiziell Anhänger des früheren libyschen Regimes unter Muammar Al-Ghaddafi einbezogen werden.

Zu allem Überflus kündigte der inzwischen fünfte Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen zum Libyen-Konflikt, der libanesische Politikwissenschaftler Ghassan Salamé, am 2. März auf seinem Twitter-Konto seinen Rücktritt an. Offiziell »aus gesundheitlichen Gründen«, die es ihm nicht länger erlaubten, »derart viel Stress ausgesetzt zu sein«. Ihm war von mehreren Seiten vorgeworfen worden, im Laufe seines betont diplomatischen Auftretens nicht Ross und Reiter zu benennen, wenn er Verletzungen von Waffenstillstandsvereinbarungen – die es wiederholt gab – beklagte. Die Kontaktgruppe aus Vertretern von AU und UN will nunmehr künftig Verantwortliche von Waffenstillstandsüberschreitungen »benennen und verurteilen« – so wurde es zumindest angekündigt. Es wird mit einer baldigen Ernennung von Salamés Nachfolger durch UN-Generalsekretär António Guterres gerechnet, mutmaßlich in Gestalt des früheren algerischen Außenministers Ramtane Lamamra.

Selbstverständlich intervenieren nicht ausschließlich arabische und afrikanische Regionalmächte und Nachbarstaaten im libyschen Konflikt, der wenige Monate nach dem Sturz Ende August 2011 bzw. nach der Ermordung des langjährigen Staatschefs und »Revolutionsführers« Muammar Al-Ghaddafi im Oktober desselben Jahres aufgeflammt war. Ghaddafi hatte das Land von 1969 bis zu seinem erzwungenen Abgang mit eigenwilligen Methoden und teilweise radikalen ideologischen Kurswechseln regiert. Dabei hatte er überkommene tribale Strukturen häufig als Organisationsform der Gesellschaft reaktiviert, da alle Parteien und unabhängigen Organisationen verboten waren und das Regime seit deren Auflösung Mitte der 1970er Jahre nicht einmal über eine Staatspartei verfügte. Als der Zentralstaat implodierte, konnten zentrifugale Tendenzen um so stärker zum Durchbruch kommen, zumal in Libyen nicht eine zivile Massenbewegung

wie im Nachbarland Tunesien das alte Regime gestürzt hatte, sondern bewaffnete Rebellengruppen mit militärischer Unterstützung aus Frankreich, Großbritannien und den USA.

Viele der Milizen, die an der Rebellion gegen das Ghaddafi-Regime teilgenommen hatten, weigerten sich, ihre Waffen abzugeben. Einige von ihnen wiesen eine islamistische Tendenz auf, andere verfolgten eher regionalistische Ziele (etwa ostlibysche oder auch berbersprachige Gruppen) oder nutzten ihre lokale Macht vor allem als Geschäftsgrundlage etwa zum »Steuereintreiben«.

Der Aufstieg des Marschalls

Nach der gerichtlichen Annullierung der zweiten Parlamentswahl nach Ghaddafis Tod standen sich seit Sommer 2014 ein Parlament und eine Regierung in Westlibyen in der Hauptstadt Tripolis sowie ein weiteres Parlament und eine Regierung im ostlibyschen Tobruk gegenüber. Infolge eines durch die UN vermittelten Verhandlungsprozesses im marokkanischen Skhirat wurde 2016 die GNA gebildet, die im Frühjahr jenes Jahres in Tripolis Einzug hielt. Jene in Tobruk erhielt ihre Strukturen jedoch aufrecht. Mittlerweile war dort der General und später zum »Marschall« ernannte Khalifa Haftar, der ab 2013/14 zunächst dschihadistische Gruppen sowie separatistische Kräfte im Raum Benghazi bekämpfte und seinen Einfluss ausweitete, zum starken Mann und Chef des militärischen Apparats geworden.

Haftar hat aber auch eine salafistische Strömung, die mit Saudi-Arabien liierten Makhadlisten, als wichtige Hilfstruppe in seine »Libysche Nationalarmee« eingegliedert; Riad zählt neben den Vereinigten Arabischen Emiraten, der jordanischen Monarchie und dem ägyptischen Militärregime zu Haftars auswärtigen Verbündeten. In Westlibyen wiederum stützt sich die in Tripolis ansässige Regierung auf zum Teil islamistisch ausgerichtete Milizen und auch eine den Muslimbrüdern nahestehende Fraktion. Diese Kräfte wurden von Anfang an vom Emirat Katar und im Laufe der Jahre vermehrt auch seitens der Türkei gefördert. Mit Haftars Offensive auf Tripolis seit Anfang April 2019 trat der Bürgerkrieg in dem nordafrikanischen Land in eine neue Phase ein.

Gegensatz zwischen Paris und Rom

Bereits während der Intervention ab Mitte März 2011 zur Stützung der damaligen Rebellen, die formal unter dem Deckmantel der NATO ablief, jedoch innerhalb des Militärbündnisses zu politischen Konflikten führte – die USA begnügten sich weitgehend mit der Unterstützung durch Bereitstellung von Lufttransportkapazitäten, die Türkei und andere Mitgliedstaaten meldeten Kritik an –, hatte Deutschland sich in einer

Vermittlerrolle versucht. Auch hatte sich die deutsche Vertretung im März 2011 im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthalten, als es um die Einrichtung einer »Flugverbotszone« ging, wofür der damalige Außenminister Guido Westerwelle (FDP) Kritik einstecken musste. Dabei wollte Berlin auch Rücksicht auf deutsche Interessen in Russland und China nehmen, die auf ein Veto im UN-Sicherheitsrat verzichtet hatten und der darauffolgenden Intervention zunehmend kritisch gegenüberstanden.

Seit dem Ende der Ghaddafi-Herrschaft und dem Beginn des darauffolgenden Bürgerkriegs brachen die machtpolitischen Rivalitäten zwischen unterschiedlichen Staaten der Europäischen Union zusehends auf. Italien versucht, seinen Einfluss auf die westlibysche bzw. seit 2016 auf die offiziell von den UN anerkannten »Einheitsregierung« unter Fajes Al-Sarradsch (also der GNA) zu wahren. Innerhalb der Europäischen Union war es in den vergangenen Monaten vor allem die Regierung in Rom, die an ihren Partnern in Tripolis festhielt, während insbesondere Frankreich – trotz einer auf »Vermittlung« abzielenden Rhetorik – faktisch »Marschall« Haftar hofierte und ihm immer wieder Brücken baute. Dies ist im übrigen auch der Bevölkerung in Libyen bewusst. Im April 2019 demonstrierten Einwohnerinnen und Einwohner der Hauptstadt Tripolis, durchaus unabhängig von reaktionären Milizen, auf öffentlichen Plätzen und trugen dabei gelbe Westen, in Anlehnung an die damals in Frankreich stattfindenden militanten Proteste.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt als erster westlicher Staatsmann Khalifa Haftar empfangen und ihn dadurch diplomatisch enorm aufgewertet. Haftar wurde auch in Frankreich medizinisch behandelt. Aber schon vor dem Präsidentenwechsel von François Hollande zu Emmanuel Macron lag die französische Exekutive auf dieser Linie. Im Juli 2016 war ein Hubschrauber der Haftar-Armee abgestürzt, dabei starben auch drei französische Elitesoldaten, die für den französischen Auslandsgeheimdienst DGSE arbeiteten. Drei weitere DGSE-Mitarbeiter kamen im Oktober 2016 beim Unfall eines Aufklärungsflugzeugs beim Start von Malta nach Ostlibyen ums Leben. In Paris musste man damals zugeben, mit Haftar und seiner Truppe nachrichtendienstlich verstrickt zu sein. Hollandes Verteidigungsminister war damals Jean-Yves Le Drian; er ist heute Macrons Außenminister.

Am 9. März dieses Jahres empfing der französische Staatspräsident den Marschall erneut. Das rund eine Stunde dauernde Treffen war in der auf der Webseite des Élysée-Palasts einsehbaren und den Medien kommunizierten offiziellen Agenda nicht angekündigt worden. Im Laufe der Konsultation erklärte Haftar seine Bereitschaft, nunmehr offiziell

einer Waffenstillstandsvereinbarung zuzustimmen. Dies hatte er zuvor vermieden. Bei dem – nicht zuletzt unter starker russischer Vermittlung zustande gekommenen – Libyen-Gipfel am 19. Januar dieses Jahres in Berlin hatte Khalifa Haftar sich dem Ansinnen mehrerer beteiligter Mächte, ihn zur Unterschrift unter ein solches Abkommen zu bewegen, noch erfolgreich entzogen. Bei der Zusammenkunft in der deutschen Hauptstadt hielten sich Haftar und der amtierende GNA-Premierminister Sarradsch stets in getrennten Räumen auf. Am folgenden Tag wurde zunächst offiziell verlautbart, Haftar werde am nächsten Vormittag eine Vereinbarung unterzeichnen. Doch dann wurde am Morgen des 21. Januar publik, Khalifa Haftar sei doch ohne Unterschrift abgereist.

Im März also zeigte sich Haftar in Paris zum Waffenstillstand bereit, doch wie sich zwei Wochen später vor Ort zeigen sollte, ging es wieder anders aus. Die Haftar-Truppen beschuldigen die Türkei, vorzurücken oder es zumindest zu versuchen. Doch läuft die Strategie der türkischen Armee derzeit eher darauf hinaus, die seit April vorigen Jahres militärisch in die Defensive geratene GNA zu stärken und zu stabilisieren, und weniger darauf, eine Offensive zur Vertreibung Haftars von seiner eigenen Machtbasis in Ost-libyen vorzubereiten. Dies würde das augenblickliche militärische Kräfteverhältnis nicht zulassen.

Umgekehrt empfing Italiens Premierminister Giuseppe Conte am 16. April 2019 in Rom den Berater von GNA-Premierminister Al-Sarradsch, Ahmed Mütig, sowie den katarischen Außenminister Mohammed bin Abd Al-Rahman Al Thani, was eine klare Präferenz für die entgegengesetzte Fraktion im libyschen Bürgerkrieg anzeigt. Während man an Frankreichs Staatsspitze davon ausgeht, es sei realistisch, auf Haftar als künftigen »starken Mann« zu setzen, da die Terrorismusbekämpfung bei ihm in guten Händen liege, zieht man es in Rom vor, auf die Rolle der offiziell durch die »internationale Gemeinschaft« anerkannten GNA als Partnerin bei der Migrationsabwehr und der Zurückhaltung von Flüchtlingen zu setzen.

USA geben Ausschlag

Am 7. Januar dieses Jahres wiederum traf der italienische Außenminister Luigi Di Maio, Mitglied der Retortenpartei »Fünf-Sterne-Bewegung« (M5S), in Istanbul mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu zusammen. Im Vorfeld dieses Treffens hatte er am Nachmittag auf einer Pressekonferenz in Brüssel erklärt, es sei entscheidend, in Sachen Libyen mit wichtigen Partnern wie den USA, aber auch mit Russland, Ägypten und der Türkei im Gespräch zu bleiben – »mit allen Akteuren, die einen Einfluss in Libyen ausüben können, um zusammen eine Lösung zu finden«. Zugleich warf er

zunächst nicht von ihm benannten Ländern vor, in den libyschen Bürgerkrieg einzugreifen; diese verwandelten ihn in einen Stellvertreterkrieg. Auf Nachfrage hin weigerte sich Di Maio, zu präzisieren, ob er diese Frage der äußeren Einmischung auch im Gespräch mit dem türkischen Außenminister anschnelden werde. Die Pressefrage enthielt den impliziten Vorwurf, die Türkei sei ein solcher Akteur, der den inneren Konflikt in Libyen anheizt. Ein Vorwurf, den Di Maio sich offensichtlich nicht zu eigen machen mochte.

Im Laufe des folgenden Tages trafen die jeweiligen Außenminister Italiens, Frankreichs, Griechenlands, Zyperns und Ägyptens in Kairo zusammen. Die Regierungen in Athen und Nikosia bilden dabei in gewisser Weise ein Gegengewicht zur Achse Ankara–Doha–Tripolis, da derzeit die türkischen Ambitionen zur Erdgasförderung im östlichen Mittelmeer in eklatantem Gegensatz zu den Interessen Griechenlands, Zyperns sowie Israels stehen.

Wenn Di Maio auf seiner Pressekonferenz in Brüssel zum Auftakt dieser Verhandlungen die USA neben Russland und den beiden von ihm genannten Regionalmächten ins Gespräch brachte, dann wohl auch deswegen, weil er sich davon erhofft, die US-Administration könne in der jetzigen Situation ihr Gewicht eher auf Seiten der Türkei in die Waagschale werfen, deren Strategie er vorzieht. Im Anschluss an ein Treffen mit dem amtierenden griechischen Premierminister Kyriakos Mitsotakis hatte US-Präsident Donald Trump sich geweigert, an einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ihm teilzunehmen. Auch hatte er tunlichst jegliche gegen Ankara gerichtete öffentliche Erklärung vermieden. Längst aber streckt Khalifa Haftar seine Fühler in Washington D. C. aus, wo seine Leute eine intensive Lobbyarbeit betreiben. Der alte militärische Haudegen hat zwanzig Jahre lang im US-Exil gelebt, nachdem er aufgrund von Misserfolgen der libyschen Streitkräfte auf dem Kriegsschauplatz im Nachbarland Tschad – wo Libyen von 1978 bis 1987 militärisch aktiv war, um die Kontrolle über den im nördlichen Teil des Tschads liegenden Landstreifen von Aouzou zu erlangen, worauf Frankreich jedoch mit Einsätzen seiner Luftwaffe antwortete – bei Ghaddafi in Ungnade gefallen war. Bis 2011 lag sein Exilort im US-Bundesstaat Virginia nur wenige Autominuten vom Hauptquartier der CIA in Langley entfernt. Zweifellos war es damals zu einer Zusammenarbeit gekommen, die dafür sorgte, dass die seinerzeitige US-Administration Haftar in Szenarien der 1980er Jahre für eine Ablösung Ghaddafis in Libyen einschloss. Dies macht aus Haftar jedoch keineswegs eine Marionette oder ein willenloses Werkzeug in den Händen der USA:

Längst entwickelte der Mann eigene politische Interessen und Strategien und lief seiner früheren Schutzmacht aus dem Ruder.

Umgekehrt schien die US-Administration unter Donald Trump längere Zeit zwischen verschiedenen Positionen im Libyen-Konflikt zu schwanken. Zwar griff Trump am 15. April 2019 persönlich zum Telefonhörer, um Haftar anzurufen, und machte dies auch öffentlich, was ebenfalls als wichtiger diplomatischer Durchbruch für den Marschall gewertet wurde. Umgekehrt wird jedoch auch GNA-Premierminister Al-Sarradsch von Trump nahestehenden US-Amerikanern beraten. Keine zwei Wochen nach dem besagten Telefongespräch zwischen Trump und Haftar schloss Sarradsch einen Millionenvertrag mit dem US-amerikanischen Lobbyunternehmen Mercury. Dabei spielten unter anderem Trumps Exberater Bryan Lanza und der frühere republikanische Senator David Vitter eine Schlüsselrolle. Daraufhin legten US-Senatoren im November 2019 einen Gesetzentwurf unter dem Titel »Libya Stabilization Act« vor, dessen Inhalt eher den Interessen der GNA entgegenkam.

Doch nun scheint die Haftar-Seite, die ihrerseits eine intensive Lobbytätigkeit in der US-Hauptstadt betreibt, das Übergewicht zu bekommen. Die Leute Khalifa Haftars beauftragten zu diesem Zweck die Lobbyfirma Linden Government Solutions unter Anführung von Stephen Payne und Brian Ettinger, die beide dem früheren US-Präsidenten George W. Bush nahestehen. Beide hielten sich 2011 zeitweilig in Tripolis auf. Payne zeigt sich stolz darauf, über Beziehungen zu den Söhnen von Exstaatschef Muammar Al-Ghaddafi zu verfügen. Möglicherweise errichtet er nicht nur Brücken für Khalifa Haftar in den USA, sondern arbeitet auch an dem, was in seinen Augen eine machtpolitische »Lösung« für den Konflikt darstellen könnte: die Herausbildung eines neuen Regimes unter Einschluss von Teilen des alten, das 2011 gestürzt worden war. Doch noch sind nicht alle Weichen gestellt, nicht in Washington D. C. und auch nicht anderswo.

Junge Welt 03.04.2020